

**Protokoll des
Gesprächs am Runden Tisch am 7. Mai 2012
„Anlagenbezogener Gewässerschutz in den WSZ des WW Groß Meckelsen“**

Teilnehmer:

Herr Hennekes	Geschäftsführer	Herr Petersen	WFB-
Wasserversorgungsverband Bremervörde		Kreistagsfraktionsvorsitzender	
Herr Meyer	Geschäftsführer	Herr Friedrich	Wasserrecht und Bauleitplanung
Wasserversorgungsverband Rotenburg-Land		Herr Kannenberg	Vorstandsmitglied der „Initiativen mit Weitblick“
Herr Schröder	Landberatung	Biogasinitiative und NeST	
Frau Hink	Landberatung	Herr Rathjens	Anlieger und Landwirt, NeST
Frau Dr. Hornhardt	CDU-Kreistagsabgeordnete	Frau Schmitt	NeST und BI Freetz
Frau Knabbe	Bündnis90/die Grünen- Kreistagsabgeordnete	Herr Höper	Anlieger und NeST- Initiator
Herr Wölbern	SPD- Kreistagsfraktionsvorsitzender		

1. Begrüßung durch Herrn Höper

In einer kurzen Begrüßung stellt Herr Höper die Initiative „Netzwerk Sauberes Trinkwasser“ (NeST) vor. Namentlich werden dann die einzelnen Gäste in der Runde willkommen geheißen (s. o.). Herr Höper begründet kurz das Zustandekommen dieses Runden Tisches:

- Besorgnis um die Gefährdung unseres Trinkwassers aus dem Wasserwerk Groß Meckelsen durch die Ansiedlung einer Industrieanlage zur Methangasgewinnung in der Wasserschutzzone III;
- Bedrohung für die Oberflächengewässer und der darin lebenden Kreaturen durch austretende Sickerwässer bei menschlichem Versagen oder bei einer Verkettung unglücklicher Umstände;
- Belastungen für die Umwelt durch verstärktes Verkehrsaufkommen (negative Klimabilanz) und für die Natur und die Artenvielfalt in unserem Lebensraum (NaWaRo – Vermaischung).

Herr Höper schließt seine Einführung mit einem Zitat aus dem WHG (Wasserhaushaltsgesetz): „Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt und erhalten werden muss.“

2. Einführung in die Problematik des Themas aus Sicht der Wasserversorger

a) Herr Hennekes vom Wasserversorgungsverband BRV erläutert die Zusammenhänge bei der Gewinnung und Versorgung der Menschen mit sauberem Trinkwasser. Folgende Punkte führt er dazu an:

- Das Grundwasser ist ein Leiter vieler wasserlöslicher Stoffe;
- Wir haben in dieser Region vornehmlich durchlässige Sandböden;
- Die Anteil intensiv betriebener Landwirtschaft ist in den letzten Jahren (stark) gestiegen;
- 1986 ist die Trinkwasserverordnung, insbesondere beim Nitratgrenzwert, verschärft worden. Es ist denkbar, das auf Grund der zunehmenden Belastung des Trinkwassers diese weiter verschärft werden muss, um Probleme für die Zukunft zu reduzieren;
- Grundwasser kann sehr alt sein – bis weit über 100 Jahre. Unser Grundwasser, aus dem wir unser Trinkwasser gewinnen, ist dagegen teilweise nur einige Jahrzehnte alt;
- Laut Tagung der Geschäftsführer der Wasserversorgungsverbände ist die Belastung durch die Landwirtschaft in Niedersachsen durchschnittlich bereits um den Faktor 2- 4 mal höher als der Boden es eigentlich vertragen kann;
- Die Qualität des Trinkwassers ist auf Grund der Abbaupotentiale in unseren Böden derzeit noch gut. Diese Abbaupotentiale sind teilweise analytisch messbar, wie z. B. durch den Ausfall von Eisenoxyd. Es gibt aber noch keine praxiserprobte Möglichkeit, analytisch zu erkennen, wie lange dieses Abbaupotential noch genutzt werden kann;

- Die Gefahr der Belastung ist aber absehbar: Zunehmende Nitratwerte werden derzeit schon landesweit verstärkt registriert;
- Ein Überschuss ist schon vorhanden. Wie lange das Nitrat aber noch abgebaut werden kann, weiß niemand;
- Das Problem ist in der Region schon angekommen: Landesweit mussten schon Wasserwerke aufgegeben werden;
- Ein möglicher Schutz vor Verunreinigung liegt in der Landwirtschaftsberatung, die aber leider zu geringen Erfolgen zu vermelden hat;
- Der Verband fordert deshalb: **Keine Biogasanlagen in Wasserschutzgebieten und wünschenswerterweise auch nicht in einem näheren Radius herum!**

2

- Fazit: Ohne weiteren Schutz der Trinkwasserversorgungsgebiete wird es in absehbarer Zeit keine akzeptable Nutzung des Wassers in seiner bisherigen guten und natürlichen Weise mehr geben. Die Alternative ist dann die chemische Reinigung, verbunden mit erheblichem Kostenaufwand für ein Trinkwasser nur noch aus Flaschen;
- Das Trinkwasser sollte in seiner bisherigen Qualität auch für die Zukunft erhalten werden.

b) Herr Meyer vom Wasserversorgungsverband Rotenburg-Land bestätigt die Ausführungen seines Kollegen und ergänzt folgende Hinweise:

- Es existiert eine landesweite Bewertungsliste der Böden, erstellt von Agraringenieur Dr. Franz Antony vom Ing.büro INGUS aus Hannover. Darin sind die Böden der Landkreise je nach ihrer Belastung aufgeführt und an 2. Stelle – gleich nach Cloppenburg - kommt bereits der Landkreis Rotenburg/W.;
- Auf eine Biogasanlage im MW-Bereich, die auf NaWaRo-Basis arbeitet, kommen ca. 2 – 3000 ha Mais, die entsprechend gedüngt, gespritzt und mit Gülle bedient werden;
- Dieser Sachverhalt führt zu einer Belastung des Trinkwassers, die schon jetzt in der Tiefe festzustellen ist. Mehr Belastung ist nicht mehr akzeptabel;
- Nicht die Anzahl der BGAs ist entscheidend, sondern die addierte Megawattleistung aller Anlagen und somit der entsprechend zu erwirtschaftende Maiseertrag;
- Die Nitratgehalte im Grundwasser steigen bei 30 m bereits heute deutlich an, erst in 200 Tiefe sind die Werte noch in Ordnung;
- Herr Meyer fordert mehr Einfluss der Wasserversorger in der Landwirtschaft;
- Der Lk Cloppenburg hat laut Arbeitsgruppe Wasserversorger bereits einen 200% zu hohen Nitratgehalt, so dass bereits Gülle von dort exportiert werden muss;
- In anderen Regionen wird dagegen tonnenweise Gülle importiert;
- Leider wird Gülle als Wirtschaftsgut und nicht nach dem Abfallgesetz bemessen;
- Klärschlamm aus Kläranlagen ist bereits aus der Gülleverordnung herausgenommen worden, weil er sich als zu belastend für die Böden erwiesen hat;
- Das Gärsubstrat aus BGA sollte ebenfalls unabhängig von dieser Verordnung behandelt werden;
- Das Trinkwasser sollte in seiner bisherigen Qualität für die Zukunft erhalten werden.

3. Stellungnahmen aus den Fraktionen des Kreistags

a) Frau Dr. Hornhard, CDU:

- „Mein Herz schlägt für die Landwirtschaft, ihr muss geholfen werden“;
- Die Landwirtschaft braucht ein gesichertes Einkommen, dazu gehört auch Biogas. Im EEG wird das geregelt;
- Biogasanlagen bedingen jedoch eine noch intensivere Landwirtschaft;
- Der Nährstoffeintrag wird Folgen unsere Kinder, für die kommenden Generationen haben, an die wir heute schon denken müssen;
- Es steht nicht zur Diskussion, dass die Landwirte sich Mühe geben, aber die Anzahl der Havarien mit BGAs hat leider zugenommen;
- Weitere Belastungen durch noch mehr Biogasanlagen und somit auch die starke Zunahme des Maisanbaus ist eine zu hohe Belastung für unsere Böden;
- „Wir haben eine Sättigung an Bodenbelastung erreicht“;
- Forderung: Keine weitere Genehmigung von BGAs mehr;
- Auf keinen Fall dürfen solche Anlagen mit Investoren betrieben werden, sonst ist es nämlich eine Industrieanlage;
- Die Politik wird von der Verwaltung außen vorgelassen; deshalb ist Einflussnahme der Politik nicht so einfach. Die Politik sollte Signale setzen.

b) Frau Knabbe, Bd.90/Die Grünen:

- Nicht die Politik, die Verwaltung ist oft die Macht im Staate, sie versteckt sich hinter Paragraphen und ist auch nicht immer bereit, offen und ehrlich aufzuklären;
- Leider fehlt in der Politik oft die notwendige Kenntnis des Verwaltungsrechts;
- Die Agrarindustrie behindert die eigentliche Landwirtschaft, deren Aufgabe es ist, gesunde Nahrungsmittel zu produzieren;
- Die Landwirte müssen vor den Folgen der intensiven Agrarindustrie geschützt werden;
- Die durch BGA deutlich erhöhten Pachtpreise schaden den wahren Bauern, die diese Pachten nicht mehr bezahlen können und somit Probleme z. B. bei der Fütterung ihrer Tiere bekommen;
- Auch die Lebensmittelpreise steigen ins Unermessliche;
- Der massive Maisanbau greift in die Natur ein, z. B. der stark zugenommene Grün- und Brachlandumbruch schadet Artenvielfalt.

c) Herr Petersen, WFB:

- „Wir sind auf jeden Fall gegen übergroße BGA, die von Investoren betrieben werden“;
- Nitrat braucht etwa 30 Jahre, um ins Grundwasser zu gelangen;
- „Wir müssen unser Grundwasser jetzt schützen, in 30 Jahren ist es zu spät“.+

3

d) Herr Wölbern, SPD:

- In der Politik ist eine große Unsicherheit, wo es hingeht, die Entwicklung ist nicht absehbar;
- Der Flächenverbrauch von Mais muss errechnet werden. Also sollte eine Art Kataster erstellt werden;
- Welche Belastung entsteht durch welche Anlagengrößen, z. B. beim Verkehrsaufkommen;
- Es besteht Besorgnis für unser Trinkwasser, es ist bedroht;
- Die Behörden sagen, diese Besorgnis sei unbegründet, die Folgen einer Havarie seien in 3 Tagen abgebaut, damit bestünde keine Gefahr für das Trinkwasser;
- Es existieren Rechtsgrundlagen, die aber nicht greifen;
- Die Politik wird nicht gefragt, also sollten wir einen gemeinsamen Antrag im Kreistag einbringen; (Zustimmung von Hornhardt, Knabbe und Petersen)

4. Anmerkungen der übrigen Diskussionsteilnehmer:

a) Herr Schröder, Landberater aus Groß Meckelsen:

- Wir sprechen hier von 5 MW;
- Wenn die BGA im Umkreis von 5 km des Wasserschutzgebietes gebaut werden sollte, sind die Betriebe dennoch vertraglich gebunden und bauen im Wasserschutzgebiet an;
- Es muss geprüft werden, wie viele Anlagen in der Region existieren und welche Leistung sie erbringen;
- Beim Maisanbau muss die Humusbilanz überprüft und dann entsprechend ausgeglichen werden, das ist gute fachliche Praxis. Die Landwirte bekommen hohe Sanktionen, wenn die Humusbilanz nicht stimmt;
- Der Nitratreintrag wird reduziert, indem die vorgegebenen Obergrenzen eingehalten werden und somit eine Überdüngung verhindert wird;

b) Stimmen aus dem NeST:

- Es tut sich was: Die Industrie zieht sich den Wasserschutzgebieten zurück;
- Es darf keine Industrie mehr in Wasserschutzgebieten genehmigt werden;
- Die Einstufung der geplanten Anlage als Industrieanlage ist eindeutig; die KAS ist dafür zuständig;
- Wasserleiter sollen geschützt werden. Auch das Durchstoßen von Wasserleitern wird hinterfragt und teilweise unterbunden;
- Bei der geplanten Anlage sind 7 Fermenter vorgesehen. Eine Erweiterung behält man sich aber vor;
- Sowohl die zunehmende Verkehrs- Substrat- als auch die Emissionsbelastung muss mit in Betracht gezogen werden;

- Das erstellte Wärmekonzept mit 100 plus 4 Haushalten muss überprüft werden, da bekannt ist, dass Unterschriften von Eigentümern geleistet wurden, deren Haushalte gar nicht angeschlossen werden können, weil sie zu entfernt liegen;
- Die Gärsubstrate sind chemisch eingeordnet worden in Stoffe der Kategorie 1, 2 und 3. Die Kategorie 3 ist nicht in Wasserschutzgebieten erlaubt;
- Gärsubstrat sollte wie Klärschlamm als Sondermüll behandelt werden;
- Auf der Planskizze von Instara ist kein Leckagesystem zu erkennen und es gibt auch keine Komplettsiegelung;
- Es müssen Kauttionen hinterlegt werden, die in Millionenhöhe nur für den Fall der Schadensbekämpfung eingesetzt werden dürfen; es ist auch nicht klar, ob eine Versicherung überhaupt bereit ist, solche gravierenden Schadensfälle zu versichern;
- Nicht nur BGAs belasten das Grundwasser, sondern mittlerweile auch eine höchst intensive Agrarindustrie;
- Einwände gegen die geplante Anlage werden nicht von den verantwortlichen Ratsmitgliedern geprüft, sondern von der Planungsgesellschaft Instara. Die beantwortet alle unbequemen Einwendungen mit stereotypen Antworten: „Wird zur Kenntnis genommen“, „Hat keinen Einfluss auf die Bauleitplanung“, „Das ist gute landwirtschaftliche Praxis“ oder sie versteigt sich in haltlose Gegenargumente: „Es entsteht keine zusätzliche Belastung durch die Landwirtschaft, da die Flächen auch ohne BGAs landwirtschaftlich genutzt werden“!
- Die Ratsmitglieder dagegen erfahren oft nicht mal, wer welche Einwände erhoben hat, sollen dann aber verantwortlich darüber abstimmen!
- Auch in unserer Samtgemeinde haben die Politiker keine Zuständigkeit. Es handelt sich bei diesem Vorhaben eindeutig um ein 35er-Gebiet.
- Eine von der SG einberufene Bürgerversammlung wird es nicht geben, weil der SG Bürgermeister der Ansicht ist, mit dem Scoping- Verfahren und einer öffentlichen Ratssitzung in Groß Meckelsen sei laut Baugesetzbuch genügend Öffentlichkeit hergestellt.

Ende der Diskussion: gegen 13:15 Uhr, Herr Höper bedankt sich bei allen Teilnehmern für die faire und sachliche Diskussion und beendet den Runden Tisch, nicht ohne auf eine mögliche Veröffentlichung der Diskussionsergebnisse hinzuweisen und die Durchführung einer Bürgerversammlung auch ohne die SG Verwaltung anzukündigen.

gez. Dieter Höper

i. A. des NeST Sittensen